

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN

ANTONIOS ANTONIADIS

PRESSEMITTEILUNG – 08. April 2020

Enge Beratungen, Tests und Schutzmaterial

Stellungnahme der Regierung zum Umgang mit dem Coronavirus im Wohn- und Pflegezentrum St. Joseph

Als Regierung nehmen wir die Herausforderung für Personal und Bewohner sowie ihre Sorgen und Ängste sehr ernst. Die Entwicklungen im Inland und auch auf internationaler Ebene in den WPZS betrachten wir mit Sorge.

Die jüngsten Zahlen aus Flandern sprechen für sich, denn dort sind ca. 691 Senioren mutmaßlich an COVID-19 verstorben. In der Wallonie und Brüssel gibt es Einrichtungen, in denen sehr viel Personal abwesend ist. In einigen Heimen musste sogar das Militär mit eigenen Kräften und Material Abhilfe schaffen. Über die Hälfte der Wohn- und Pflegezentren im Inland geben an, mit an COVID-19 erkrankten Bewohnern konfrontiert zu sein.

In Ostbelgien haben wir gegenwärtig in zwei Wohn- und Pflegezentren COVID-19-Fälle. Auch in einer hiesigen Senioreneinrichtung sind bereits erste Bewohner verstorben. Das zeigt uns, dass man, selbst in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, trotz aller Bemühungen der Pflegekräfte, Ärzte, der einzelnen Träger und der Politik, nicht von den Folgen des Coronavirus verschont bleiben kann. Den Angehörigen der Verstorbenen wünschen wir in dieser schweren Zeit viel Mut und Kraft.

Schulungen in Hygiene und Beratung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die Einrichtungen haben bereits zu Beginn der Ausbreitung der Epidemie strenge Maßnahmen zum Schutz der Bewohner ergriffen. Wir haben außerdem **umfassende Beratung in Hygiene und Pflege vorgenommen**. Dies, um die Bewohner zu schützen und das Pflegepersonal zu unterstützen. Im konkreten Fall des Wohn- und Pflegezentrums St. Joseph findet seit der ersten bestätigten COVID-19-Diagnose eine engmaschige Begleitung durch das Ministerium und das Lehrpersonal der Autonomen Hochschule statt.

Höchster Standard für Schutzmaterial

Neben dieser Begleitung stellt die Deutschsprachige Gemeinschaft den **höchsten Standard an Schutzmaterial für Wohn und Pflegezentren in ganz Belgien zur Verfügung**.

Neben den chirurgischen Masken kommen hier auch **FFP2-Masken** zum Einsatz. Diese sollten, laut Föderalstaat, nur in Krankenhäusern eingesetzt werden. Das Wohn- und Pflegezentrum St. Joseph hat allein vergangene Woche über 13 000 Masken erhalten,

darunter 4400 FFP2-Masken. Hinzu kamen Kittel, Desinfektionsmittel, Handschuhe, Schutzbrillen und weiteres, zertifiziertes Schutzmaterial. Dass in Ostbelgien FFP1-Masken eingesetzt werden, kann die Regierung nicht bestätigen. Zumindest hat das Ministerium derartiges Material weder angekauft noch ausgeliefert.

Psychosoziale Unterstützung & flächendeckende Tests

Zur psychosozialen Unterstützung des Personals wurde in Zusammenarbeit mit dem **Beratungs- und Therapiezentrum (BTZ) Gruppentherapien angeboten**. Außerdem wurde eine **Hotline ausschließlich für Pflegekräfte** eingerichtet.

Der Gesundheitsminister der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Antonios Antoniadis (SP), vertritt im Inland die Position, dass **alle Bewohner sowie das Personal der Wohn- und Pflegezentren flächendeckend und regelmäßig getestet werden sollten**. Aktuell ist das seitens des Föderalstaats noch nicht vorgesehen. Für ganz Belgien wurden insgesamt 20.000 Testkits zur Verfügung gestellt. Für die Deutschsprachige Gemeinschaft macht das 106 Tests für die über 800 Bewohner.

Regierung und Heimleitung planen weitreichende Testungen

Zusätzlich zu diesen Tests hat die Regierung, über die Zusammenarbeit mit einem Gesundheitsdienstleister, zusätzliches Testmaterial gekauft und vergangenen Sonntag beabsichtigt, alle Bewohner des betroffenen Wohn- und Pflegezentrums zu testen.

Aufgrund des kurzfristigen Ausfalls einer der Ärzte konnte dieser Vorgang nicht stattfinden. Bereits am Montag fand ein Treffen zwischen dem Ministerium, dem Wohn- und Pflegezentrum St. Joseph, der verantwortlichen Koordinationsärztin des Heims und dem mobilen Interventionsteams statt. Bei dieser Versammlung haben **die Ärzte nochmal betont, dass, aus rein medizinischen Gründen, eine flächendeckende Testung der Bewohner und des Personals nicht notwendig wäre.** Die flächendeckende Testung zu verweigern, steht aus medizinisch fachlicher Sicht den verantwortlichen Ärzten ausdrücklich zu. Deshalb wurde eine **neue Teststrategie** ausgearbeitet. Seit heute werden, nach Einschätzung der Ärzte, weitere Bewohner getestet. Laut Richtlinien des Föderalstaats wird das Personal erst getestet, wenn es Fieber hat oder der zuständige Arzt es, bei anderen Symptomen, als notwendig betrachtet. Das gilt ebenso für das Personal des Wohn- und Pflegezentrum St. Joseph.

Die Regierung wird aber auch weiterhin die Sorgen und Ängste der Pflegekräfte ernst nehmen und für sie ein Sprachrohr in Brüssel sein sowie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Abhilfe schaffen.

Wir sind uns dessen bewusst, dass das ÖSHZ als Träger des Pflegezentrums stark gefordert ist. Ihnen und den anderen Wohn- und Pflegezentren, welche das Ministerium seit Mitte März zwei Mal pro Woche trifft, und auch den Pflegekräften spricht der Minister seine volle Unterstützung aus.

Weitere Auskünfte erteilt:

JENNIFER NYSSSEN

Pressereferentin

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Kabinettt Vize-Ministerpräsident Antonios Antoniadis

Klötzerbahn 32 – 4700 Eupen

TELEFON +32 87 / 596 492, E-MAIL jennifer.nyssen@dgov.be